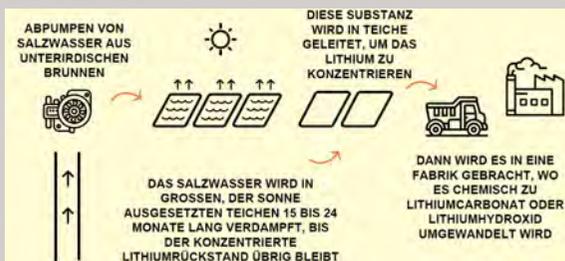


ROHSTOFF MIT MENSCHENRECHTSRISIKEN: LITHIUM

Große Vorräte des für wiederaufladbare Batterien zurzeit noch unverzichtbaren Lithiums lagern in den Salzseen des sogenannten Lithium-Dreiecks im Nordwesten Argentiniens, Nordosten Chiles und Süden Boliviens. Die Förderung dort wird immer mehr ausgebaut. Dafür wird die Lithium-haltige Sole abgepumpt und in großen Becken in der Sonne durch Verdunstung konzentriert, wodurch sich die Lithiumsalze anreichern. Das ganze Ausmaß der Folgen ist bislang noch nicht abzusehen.



Das Abpumpen der Sole kann dazu führen, dass Grundwasser nachströmt und so die Grundwasserspiegel der umliegenden Regionen abgesenkt werden – mit fatalen Folgen für die Lebensbedingungen der lokalen meist indigenen Bevölkerung. Ihre traditionellen Formen der Landwirtschaft werden gefährdet. Das gesamte Ökosystem mit ganz besonderen Tieren und Pflanzen ist in Gefahr, und damit auch der Tourismus, der eine weitere wichtige Einnahmequelle für die lokale Bevölkerung ist. Die Menschen vor Ort werden damit schwerwiegend in ihren wirtschaftlichen und sozialen Rechten beeinträchtigt. Ihr Recht auf eine gesunde Umwelt steht mehr und mehr zur Disposition und das hat natürlich auch Auswirkungen auf ihr Menschenrecht auf Gesundheit. Außerdem haben sie in den meisten Fällen gar keine Chance, Einfluss auf die Aktivitäten zur Lithiumförderung zu nehmen, da sie bei Planungen gar nicht erst mit einbezogen werden.

AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als zehn Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten oder die wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder wegen rassistischer Zuschreibungen verfolgt werden
- für die Rechte von Menschen auf der Flucht
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz derjenigen, die Menschenrechte verteidigen
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Verantwortlichen
- gegen Rassismus und Diskriminierung

Die Themenkoordinationsgruppe Wirtschaft, Rüstung und Menschenrechte setzt sich dafür ein,

- alle Unternehmen auf die Einhaltung der Menschenrechte in ihrer jeweiligen kompletten Wertschöpfungskette zu verpflichten,
- alle Rüstungstransfers zu stoppen, die zu Menschenrechtsverletzungen beitragen können.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Amnesty einzusetzen: www.amnesty.de/mitmachen

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben. Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit: www.amnesty.de/spenden

AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E. V.

Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin

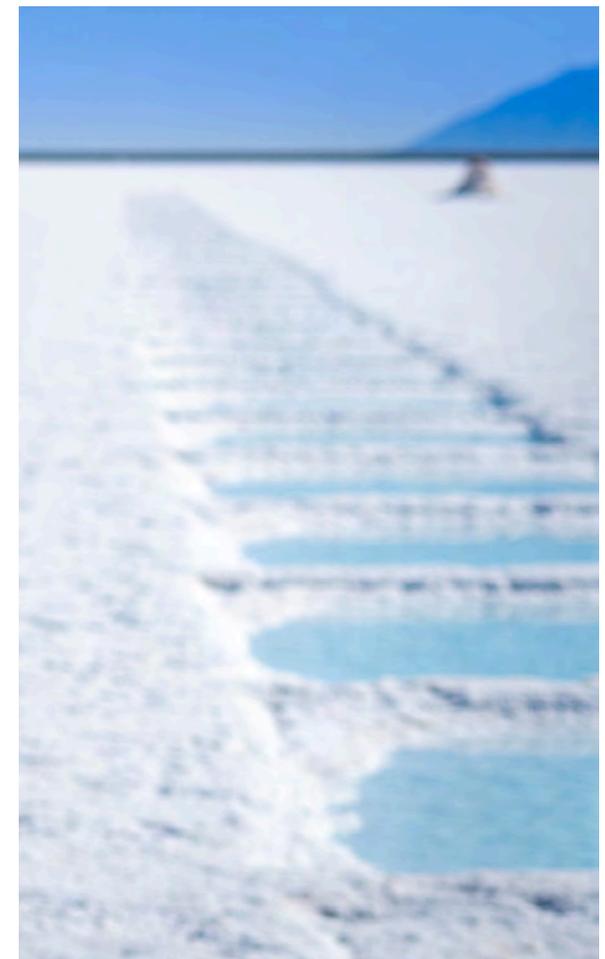
T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-488 · E: info@amnesty.de

SPENDENKONTO · DE 233 702050 0000 8090100 · Bank für Sozialwirtschaft · BFS WDE 33XXX

Verwendungszweck 2904

© Amnesty International, August 2021, V.i.S.d.P. M. John

Titelbild: Verdunstungsbecken Argentinien 4/2018 © Amnesty International



POWERING CHANGE!

AUTOMOBILINDUSTRIE MUSS MENSCHENRECHTLICHE SORGFALTPFLICHTEN BEI DER BATTERIEPRODUKTION EINHALTEN!

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



MENSCHENRECHTSKONFORME MASSNAHMEN GEGEN DIE KLIMAKRISE

Die Automobilindustrie muss an vielen Stellen in ihrer Wertschöpfungskette besondere menschenrechtliche Risiken beachten. Dabei ist sie mit ihrem indirekten und direkten globalen CO₂-Fußabdruck auch einer der wichtigsten Akteure bei der globalen Erwärmung. Der automobiler CO₂-Ausstoß bei Technologien mit fossilen Brennstoffen trägt erheblich zur Klimakrise bei, mit der immer mehr schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen verbunden sind. Bedroht sind alle Menschenrechte – bürgerliche und politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle. Zunehmend eingeschränkt werden das Recht auf Leben, das Recht, in Freiheit und Sicherheit zu leben, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Wohnen und das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser und Hygiene.

WERTSCHÖPFUNGSKETTEN

In der modernen Produktion sind die Wertschöpfungsketten, also der Weg vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt und weiter zu den Kund_innen bis hin gegebenenfalls zur Wiederverwendung von recyceltem Material, hoch komplex. Meist gibt es für ein Produkt verschiedene Lieferketten für unterschiedliche Komponenten. Ein gutes Beispiel ist die Lieferkette bis zu wiederaufladbaren Batterien für elektronische Geräte und Elektroautos, die hier vereinfacht dargestellt ist.



Die Schritte der Wertschöpfungsketten können mehr oder weniger mit menschenrechtlichen Risiken verbunden sein, beispielsweise die Förderung von Rohstoffen. Gemäß den UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind Unternehmen gehalten, die Menschenrechte zu respektieren, sie müssen bei ihren Aktivitäten nicht nur kaufmännische, sondern auch menschenrechtliche Sorgfaltspflichten einhalten. Unternehmen sollten also alle Schritte ihrer Wertschöpfungsketten auf menschenrechtliche Risiken prüfen. Wenn solche Risiken bestehen, müssen die Unternehmen Gegenmaßnahmen einleiten. Zudem sollten sie für Betroffene Möglichkeiten der Abhilfe über Beschwerde-mechanismen bis hin zu Entschädigungen schaffen. Und all diese Maßnahmen sollten sie öffentlich transparent machen.

ROHSTOFF MIT MENSCHENRECHTSRISIKEN: KOBALT

Ein großer Teil des Kobalterzes für die Produktion von wiederaufladbaren Lithium-Ionen-Batterien wird in der Demokratischen Republik Kongo gefördert. Signifikante Anteile stammen aus handwerklichem Kleinbergbau, für diesen Bereich hat Amnesty vor einigen Jahren mangelhaften Gesundheits- und Arbeitsschutz und sogar gefährliche Kinderarbeit dokumentiert. Auch wenn die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte der Menschen in den Regionen mit den wertvollen Kobalterzen gerade im handwerklichen Kleinbergbau häufig massiv eingeschränkt werden, bleibt ihnen meist kein anderer Weg, ihren Lebensunterhalt zu sichern.



Kinder sortieren Steine mit Kobalterz (Demokratische Republik Kongo 2015)

© Amnesty International/Afrewatch

Gerade aber am Beispiel der Automobilindustrie mit der Wertschöpfungskette der wiederaufladbaren Batterien zeigt sich, dass die Klimakrise wirksam nur mit menschenrechtskonformen Maßnahmen bekämpft werden kann – geschieht das nicht, verschärft sich die Menschenrechtssituation. Wiederaufladbare Batterien können ein wichtiger Baustein für eine klimaneutrale Elektromobilität sein – wenn sie menschenrechtskonform hergestellt werden. Das dies nicht immer der Fall ist, zeigt sich am Beispiel der wichtigen Rohstoffe Kobalt und Lithium.

Daher fordert Amnesty International Deutschland von der Automobilindustrie, ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten endlich vollständig und transparent in der gesamten Wertschöpfungskette von wiederaufladbaren Batterien umzusetzen.

Globale Standards für Menschenrechtskonforme Produktion

Automobilkonzerne bemühen sich zwar vermehrt um Transparenz und menschenrechts- und umweltkonforme Beschaffung von Rohstoffen für wiederaufladbare Batterien. Aber dies sind nur erste Schritte. Notwendig sind einheitliche globale Standards für die gesamte Batteriewertschöpfungskette. Nur so können Maßnahmen gegen die Klimakrise menschenrechtskonform und umweltschonend realisiert werden. Mit dem in diesem Jahr vom Bundestag verabschiedeten Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz kann das endlich rechtlich verbindlich erreicht werden, auch wenn Nachbesserungen sicher noch notwendig sind. Da das Gesetz aber erst in den Folgejahren angewendet wird, sind übergangsweise freiwillige, global einheitliche Standards sinnvoll und dringend nötig.

Amnesty fordert die Unternehmen daher auf, sich in einem ersten Schritt auf die Leitlinien „Powering Change: Prinzipien für Unternehmen und Regierungen in der Batteriewertschöpfungskette“ für menschenrechtskonforme Batterieherstellung zu verpflichten, die Amnesty International gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen erarbeitet hat. So sollen sie angesichts der dramatischen Klimakrise und deren menschenrechtlichen Folgen so schnell wie möglich ein gutes Beispiel für die notwendigen einheitlichen globalen Regeln geben.

Die Leitlinien „Powering Change: Prinzipien für Unternehmen und Regierungen in der Batteriewertschöpfungskette“ sind einsehbar unter:

